

Will die IHK zu Köln ihre Kritiker überwachen? Einen interessanten Posten gibt es im Haushaltsentwurf 2018 der **IHK zu Köln**. 30.000 Euro will die IHK aufwenden, um „im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Vollversammlungswahl“ sicherzustellen, „dass die IHK rechtzeitig über evtl. Aktivitäten von Verweigerern informiert ist. Dies ist erforderlich, um insbesondere in der öffentlichen Diskussion gut vorbereitet zu sein und den Sinn und das Verfahren der Wahl rechtzeitig und angemessen erklären zu können“. Nun sollte man mei-



IHK zu Köln | © IHK Köln, Olaf-Wulf Nickel

nen, hochbezahlte Angestellte der IHK zu Köln, im Falle des Hauptgeschäftsführers immerhin 320.000 Euro pro Jahr, sollten auch ohne diese Überwachung in der Lage sein, den Sinn und das Verfahren der Wahl erklären zu können. Worum es eigentlich geht, machen die weiteren Erläuterungen dieses Haushaltspostens deutlich. Geplant ist nämlich, „einen Dienstleister mit einem ständigen Monitoring der verschiedenen Plattformen, Foren etc. im Internet zu beauftragen, der uns im regelmäßigen Report über relevante Vorgänge berich-

tet.“ Das klingt doch arg nach Überwachung der eigenen Mitglieder auf deren Kosten! Das gehört aber unzweifelhaft nicht zu den Aufgaben der Kammer. Und wie sieht die Geschäftsführung der IHK diesen eigenartigen Vorgang? Ende letzten Jahres führte der 'Kölner Stadtanzeiger' ein Interview mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK zu Köln, **Ulf Reichardt**. Eher zurückhaltend wollten die Kollegen von Reichardt wissen, ob dies „der richtige Umgang mit Kritik“ sei. Reichardts Antwort: „Diese Formulierungen waren unglücklich und es war ein ärgerlicher Fehler, dass das so verschickt wurde.“ Nun ja, das kennt man von anderen ertappten 'Sündern', irgendwie dumm gelaufen. Das kommt vor, war halt alles nicht so gemeint. Was angeblich gewollt ist, klingt bei Reichardt im Interview so: „Inhaltlich geht es vor allem darum, dass wir mit unserer Öffentlichkeitsarbeit nicht nur senden wollen, sondern den Debatten draußen zuhören wollen. Das hat nichts mit Überwachung zu tun.“ Als wenn der IHK nicht bekannt wäre, was die Kritiker der Zwangsmitgliedschaft am System auszusetzen haben. Dafür braucht es kein Monitoring eines Dienstleisters. Schon gar nicht muss man 30.000 Euro ausgeben, um die Meinung der eigenen Mitglieder zu erfahren. Wann endlich kümmert sich die Rechtsaufsicht mal um derartige Vorgänge?